

blick punkt



Preiswucherer beim FVV

Fahrpreiserhöhungen bis 38% geplant!

Vor einem Jahr erst wurden alle Beteiligten des FVV durch kräftige Tarifierhöhungen zur Kasse gebeten. Jetzt sollen sie noch stärker geschöpft werden. Demnächst sollen die Fahrkarten für U-Bahn, Bus und Straßenbahn um 30 Prozent teurer werden – wenn sich der Frankfurter Magistrat mit seinen Vorstellungen durchsetzt.

Diese kommunale Preistreiberei kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Nach den Lohnabschlüssen in diesem Jahr, die mit 6, bis 6,8 Prozent kaum oder gar nicht die Preissteigerungsrate von derzeit 6,4 Prozent ausgleichen, bedeutet die Erhöhung der Tarife im öffentlichen Nahverkehr eine unerträgliche Belastung für viele Arbeiter und Angestellten. Nicht zuletzt für jene, die von den Vororten kommend in Frankfurt weitere Verkehrsmittel benutzen müssen.

Defizite nicht auf Kosten der arbeitenden Menschen ausgleichen!

Der Frankfurter Magistrat begründet seine Forderung nach einer neuen Fahrpreiserhöhung damit, daß die Stadt am Defizit des FVV einen Anteil von zirka 160 Millionen DM tragen muß. Dieses Defizit soll durch höhere Tarife ausgeglichen werden. Rudi Arndt kleidet das in die Worte: „Entweder wir bauen andere städtische Leistungen ab – oder wir erhöhen die Fahrpreise“ (FR vom 30.4.75). Einen anderen Weg sieht er nicht. Aber diesen Weg gibt es!

Hauptnutznießer des öffentlichen Nahverkehrs sind die Frankfurter Großbetriebe, Banken und Kaufhäuser: Sie sollen zahlen!

Viele Arbeiter und Angestellte fahren täglich mit dem FVV zur Arbeit. Die in Frankfurt angesiedelten Großbetriebe und Großbanken verdienen Millionen an ihrer Arbeit.

Die großen Kaufhäuser auf der Zeil, der Berger Straße, im Nordwestzentrum und in anderen Stadtteilen sind für viele

nur mit Bus und Straßenbahn erreichbar. An ihren Einkäufen aber verdienen C & A, Kaufhof und Neckermann. Die Großbetriebe, Banken und Kaufhäuser können aus ihren Gewinnen ohne Mühe das Defizit des FVV ausgleichen. Die DKP stellt fest:

Es gibt eine Alternative zu den Fahrpreiserhöhungen auf Kosten der arbeitenden Menschen. Die Frankfurter Großbetriebe, Banken und Kaufhäuser müssen durch eine Nahverkehrsabgabe zur Finanzierung des FVV herangezogen werden.

Statt Fahrpreiserhöhungen: Mehr Geld für die Gemeinden durch Steuerumverteilung!

Die Gemeinden brauchen für ihre ständig wachsenden Aufgaben mehr Geld. Aber der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen ist in den letzten Jahren ständig gesunken. Was dagegen

kräftig stieg, das war der Bonner Rüstungsetat. Allein in diesem Jahr werden z.B. über 500 Millionen DM von den in Frankfurt kassierten Steuern in den Rüstungshaushalt fließen. Durch Senkung der Rüstungsausgaben kann den Gemeinden mehr Geld für kommunale Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Damit könnte auch in Frankfurt ein Teil des Nahverkehrsdefizits aufgefangen werden.

Protestiert gegen die geplante Fahrpreiserhöhung!

Wenn den Plänen des Magistrats kein entschiedener Widerstand entgegengesetzt wird, dann kommt unweigerlich eine neue Fahrpreiserhöhung. Im letzten Jahr wurden unter Führung des DGB über 45.000 Unterschriften gesammelt unter die Forderung: Keine Fahrpreiserhöhung! Betriebsräte, Vertrauensleute, Frankfurter Jugendverbände und nicht zuletzt die DKP, unterstützten die Aktionen des DGB. Der Magistrat aber setzte sich über den erklärten Willen zehntausender Bürger hinweg und erhöhte die Fahrpreise.

Die Kampffront gegen die jetzt geplanten Tarifierhöhungen muß noch breiter werden. Der Magistrat muß dazu gezwungen werden, die folgenden Forderungen zu erfüllen:

- Keine Tarifierhöhung im FVV!
- Deckung des FVV-Defizits durch Einführung einer Nahverkehrsabgabe für die Frankfurter Großbetriebe, Banken und Kaufhäuser!



Samstags gibt's die UZ, die einzige vom Großkapital unabhängige Tageszeitung der BRD, auf dem Rathausplatz. Hier erhalten Sie auch den jeweils neuesten „blickpunkt“. Kommen Sie mal vorbei. (Unser Bild: Ernst Knöß, Vorsitzender der DKP-Mörfelden „im Einsatz“.)



Am 7. Juni 1975 wurde auf dem Mörfelder „Dalles“ der von der DKP-Fraktion im Stadtparlament beantragte Markt eröffnet. Strahlendes Sommerwetter begünstigte den Start. Es gab Gedränge und einige Stände waren schon früh ausverkauft. Zweifellos ist dieser Markt eine wünschenswerte Einrichtung. Hier gibt es nicht nur frisches Gemüse, hier trifft man sich auch und spricht miteinander. Wir hoffen mit der Bevölkerung von Mörfelden, daß sich der Markt weiter gut entwickeln wird.

Der Magistrat nahm von der Eröffnung kaum Notiz. Während bei ähnlichen Anlässen die Musik spielt und eine Eröffnungsrede gehalten wird, wurde (im Gegensatz zu Walldorf) der Markt in Mörfelden im Grunde offiziell überhaupt nicht eröffnet. Man kann sicher sein, wäre der Markt von der SPD vorgeschlagen worden, dann wäre diese neue Einrichtung mit „Glanz und Gloria“ der Öffentlichkeit vorgestellt worden. So aber ließen sich die Stadtoberen nicht sehen. Dieses klein-karierte Verhalten ist zu bedauern.

Schluß mit den Berufsverboten

Die DKP wendet sich erneut mit aller Entschiedenheit gegen die andauernde politische Verfolgung von Angehörigen oder Anwärtern und Auszubildenden des öffentlichen Dienstes durch die undemokratische und verfassungswidrige Berufsverbotspraxis. Die durch den hessischen Kultusminister Krollmann angekündigte Verschärfung der Verfolgungsmaßnahmen, seine Behauptung, allein die Mitgliedschaft in der DKP genüge, um einen Bewerber für den öffentlichen Dienst abzulehnen sowie die Unterstützung dieser gegen das Grundgesetz verstoßenden Position durch den hessischen Ministerpräsidenten Osswald haben starke Proteste in der demokratischen Öffentlichkeit ausgelöst. Heute ist festzustellen, daß immer mehr Menschen erkennen, wie sehr die Praxis der Berufsverbote nicht mehr nur

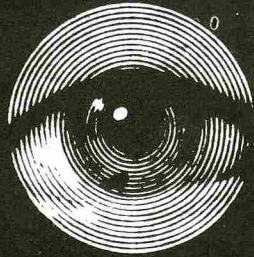
Kommunisten trifft, sondern zu einer Atmosphäre der Unsicherheit, der Denunziation und der Duckmäuserei führt, in welcher die reaktionären Rechtskräfte ihre volksfeindlichen Geschäfte besorgen. Die DKP begrüßt alle Aktivitäten, die auf die Verteidigung der demokratischen Grundrechte zielen. Wir unterstützen alle Initiativen, die auf die Überwindung der undemokratischen Berufsverbotspraxis gerichtet sind. So, wie die DKP gegen die Verfolgung ihrer eigenen Mitglieder kämpft, so setzt sie alle Kraft gegen die Verfolgung und Verteufelung von Jungsozialisten, Sozialdemokraten und anderen Demokraten ein. Die DKP äußert die Überzeugung, daß alle Angriffe auf das demokratische Grundrecht der freien Meinungsäußerung, der freien politischen Betätigung und der freien

Berufswahl zurückgewiesen werden können, wenn die Anstrengungen aller Demokraten in gemeinsamen oder parallelen Aktionen verstärkt werden. Deshalb erneuern wir die Forderung: Schluß mit den inquisitorischen Anhörungsverfahren! Schluß mit den Berufsverboten! Schluß mit den sogenannten Radikalenbeschlüssen der Ministerpräsidenten!

„Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht beschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt. . .“

(Artikel 11 der Verfassung des Landes Hessen)

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Wie lange noch Gebührenerhöhungen?

In der Stadtverordnetenversammlung steht die Verabschiedung einer neuen Müllabfuhrsatzung für Mörfelden auf der Tagesordnung.

Die seitherige Abfuhrgebühr von 20 DM für eine 50-Liter-Mülltonne im Jahr soll auf 67,20 DM erhöht werden.

Von den drei anderen Parteien (SPD, CDU, FDP) ist eine Zustimmung zu erwarten. Die vier DKP-Vertreter lehnen die Vorlage ab; Da sie gegen jede weitere Belastung unserer Bürger eintreten.

Warum soll der Bürger mehr bezahlen? Bereits in früheren Ausgaben des „blickpunkt“ berichteten wir darüber und wir wollen dies zur Aufklärung nochmals erläutern, da es ein typisches Beispiel dafür ist, wie bei uns die Lasten von oben nach unten, auf den kleinen Mann, abgewälzt werden.

Da wird in Wiesbaden ein neues Gesetz (Abfallbeseitigungsgesetz) beschlossen, wonach in Zukunft nicht mehr jede

Gemeinde, sondern die Landkreise die Abfallbeseitigung vorzunehmen haben. Der Kreis Groß-Gerau baute dafür eine Kompostierungsanlage in Bischofsheim, in der der Hausmüll zukünftig beseitigt wird.

Dagegen kann man nichts einwenden, nur sollte Bonn oder Wiesbaden den Landkreisen auch die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung stellen. Den Partei-Vertretern im Kreistag kommt dieser Gedanke jedoch nicht. Sie sind nur Ableger der Parteien in Bonn und Wiesbaden und „löcken nicht wider den Stachel“.

Einstimmig beschlossen sie, SPD, FDP, CDU (auch die beiden Mörfelder Kreistagsabgeordneten Bachmann und Oeser), von den Gemeinden eine neue Umlage von 27,50 DM pro Kopf zu verlangen. Das sind bei 14.000 Einwohnern 385.000 DM. Dazu kommen noch die bereits von Mörfelden zu zahlenden Umlagen von 3,2 Millionen DM. Die weitere Abwälzung nehmen die Mörfelder Parteien, außer der DKP, vor, indem sie die Gebühr wie eingangs erwähnt, erhöhen.

Durch den massiven Protest der DKP und ihrer Vertreter im Stadtparlament sowie der, mit ihren Unterschriften protestierenden Bevölkerung, ist man von der ursprünglich vorgesehenen Gebühr von 110,- DM auf 67,20 DM heruntergegangen.

Auch wurde die Sache, die bereits im Oktober 1974 geplant war, bis heute verschoben. Der ursprüngliche Plan, anstelle der jetzt gebräuchlichen 50-Liter-Tonnen 110-Liter-Gefäße zu verwenden, wurde ebenfalls fallen gelassen.

Die Belastung ist aber nach wie vor sehr groß, denn die Bürger sollen für jede Tonne, die sie jetzt besitzen, auch wenn sie mehr als eine Mülltonne haben, den neuen Betrag entrichten. Pflicht soll eine 50-Liter-Tonne je Haushalt werden. Die kleinen 35-Liter-Tonnen sollen ganz verschwinden.

Wir protestieren gegen Gebührenerhöhungen und wissen, daß wir hierbei die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns haben. 85 Prozent der Mörfelder haben sich bei Repräsentationsbefragungen, die wir durchführten, mit ihrer Unterschrift gegen die Erhöhung der Müllgebühren ausgesprochen.

Wir fordern bereits seit langem eine Bürgerversammlung, bei der der Magistrat und die Parteien die Meinung der Bürger kennenlernen können.

Da man sich bisher davor drückte, rufen wir die Mörfelder auf: Besucht am 18. Juni die öffentliche Stadtverordnetenversammlung um 19.30 Uhr im Bürgerhaus. Bekundet mit Eurer Anwesenheit Euren Protest. HH

Protestieren auch Sie gegen
die Erhöhung der Müllgebühr!
Kleben Sie den beigelegten Zettel
auf Ihre Mülltonne!

Gegen Müll-Gebühren- Erhöhung!

Zahlen für andere?

Ein eigentlich recht durchsichtiges Zauber-kunststück erfreut sich bei Interessensvertretern der Industrie und unkritischen Laien besonderer Beliebtheit. Sie unterscheiden die Umweltverschmutzer nach: Industrie, Haushalte und Kraftfahrzeugen. Ein wirkungsvoller Trick.

Und dann geht's los: die Haushalte mit ihren Ölheizungen, mit ihrem Müll, mit den biologisch nicht verzichtbaren Verpackungsmaterialien verschmutzen die Umwelt. Alles nur Erdenkliche wird vorgeschoben, um die Kommunen – sprich: den Bürger – wieder mal zur Kasse bitten zu können... Daß für die Haushalte die Ölheizun-

gen jedoch produziert werden, daß die luftverpestenden Autos ja wohl auch zur Industrie zu zählen sind – das paßt den großen Luftverschmutzern nicht. Schon deshalb nicht, weil sich dies doch ganz anders anhört: Zwei Drittel der Umweltverschmutzung verursacht die Industrie. Und zwar dadurch, daß sie nicht – oder noch nicht – genügend Schutzmaßnahmen ergreift, obwohl sie an den Produkten wohl recht gut verdient, die unsere Umwelt verpesten – zu Wasser, zu Lande und in der Luft.

Vergiften wir uns selbst? Wohl kaum. Oder doch nur zum allergeringsten Teil. Und doch sollen wir für die Vergiftungsmaschinen anderer womöglich noch zahlen...

GERHARD SCHMIDT

(Aus: FR, 30.4.71)

Ärztliche Behandlung in der Nachbarstadt?

Mit dem Thema ärztliche Versorgung in Mörfelden, den Möglichkeiten eines Ärztehauses und der Verwendung des alten Rathauses setzt sich ein Leserbrief von Karl-Heinz Hechler auseinander, den wir an dieser Stelle im vollen Wortlaut veröffentlichen. — Red.

Über die mangelhafte ärztliche Versorgung in Mörfelden wurde schon viel gesagt und geschrieben, aber allem Anschein nach noch nicht genug. Auch über die künftige Verwendung des alten Rathauses ist schon viel gesagt worden und noch immer haben die SPD, FDP und CDU anscheinend keine Vorstellungen über den Zweck den dieses Haus später einmal einnehmen soll. Die DKP möchte vor langer Zeit den Vorschlag, zu prüfen ob das alte Rathaus als Ärztehaus zu verwenden sei. Mit fadenscheinigen Argumenten lehnten dies die anderen im Stadtparlament vertretenen Parteien ab, obwohl viele Gründe für diesen Vorschlag sprechen. So ist zum ersten die zentrale Lage des alten Rathauses zu nennen, das für jeden Mörfelder und hier insbesondere für unsere älteren Mitbürger bequem zu erreichen ist. Zum zweiten wird durch die Errichtung eines Ärztehauses die ärztliche Versorgung am Ort spürbar verbessert. Insbesondere könnten Fachärzte für ein

solches Projekt gewonnen werden und es müßte den Bürgern dieser Stadt nicht mehr zugemutet werden, für eine augenärztliche Untersuchung nach Groß-Gerau zu fahren; um nur ein Beispiel zu nennen. Drittens ist zu bedenken, daß mit der Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben auch Unfälle in diesen passieren — die Behandlung der Unfälle (Unfallopfer) aber durch erhebliche Fahrtzeiten hinausgezögert wird. Im Interesse der Arbeiter ist ein solcher Zustand einfach nicht länger haltbar.

Um es gemilde auszudrücken, ist die Ablehnung des DKP-Antrages, nach Prüfung des alten Rathauses ob es als Ärztehaus zu verwenden sei, eine Unverschämtheit jedem Mörfelder gegenüber. Unzweifelhaft ist doch, daß die hier ansässigen Ärzte einfach überlastet sind und wenn einer von ihnen heute seine Praxis schließen sollte — eine nicht zu schließende Lücke entsteht.

Müssen wir dann zur ärztlichen Behandlung in eine unserer Nachbarstädte fahren? Unsere Stadtväter wären gut beraten, wenn sie nun endlich einmal Farbe bekennen würden — wie sie sich die weitere Verwendung des alten Rathauses vorstellen und vor allem, was sie gedenken für die Verbesserung der ärztlichen Versorgung zu tun.

Aus: Karlheinz Hechler
FREITAGS-ANZEIGER 6082 Mörfelden, Langener Straße 20
30.5.75

Bürgerbefragung

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Kurt Oeser
Rathaus

DKP-Fraktion

Antrag:

Die Stadtverordneten werden gebeten, wie folgt zu beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, nach den Sommerferien die Bürger Mörfeldens nach ihrer Meinung über den zukünftigen Namen der beiden Städte Mörfelden und Walldorf zu befragen.

Begründung:

In den vergangenen Monaten seit Bekanntwerden des Beschlusses der Landesregierung, die zwangsfusionierten Städte mit dem Namen „Waldfelden“ zu bezeichnen, gab es Proteste gegen diesen Namen und wurden Unterschriften dagegen gesammelt. Auch von solchen Seiten, die sich für bzw. nicht entschieden gegen eine Fusion eingesetzt haben.

Wir, die DKP-Fraktion, haben schon vor dem Fusionsbeschluß die anderen Parteien aufgefordert, sich unserer Forderung nach einer Bürgerbefragung anzuschließen, ob Mörfelden selbständig bleiben soll oder nicht.

Damals standen wir mit dieser demokratischen Forderung allein. Jetzt gilt es, das Gewicht der Meinung der gesamten Bevölkerung in die Waagschale zu werfen, um den geschichtslosen, künstlichen Namen vom Tisch zu wischen.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß Bürgerbefragungen ein wichtiges demokratisches Mittel sind, um den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Zur Durchführung gibt es viele Möglichkeiten.

Einmal könnte man die Abstimmung ähnlich der Form einer Wahl durchführen. Eine andere Möglichkeit wäre, Briefe an alle Wahlberechtigten zu senden, mit der Bitte, sie in einer bestimmten Frist zurückzusenden us.w.

Steuerwucher

Der Schuldenberg der Gemeinden, der Länder und des Bundes ist auf 245 Milliarden DM angewachsen. Allein für die Verschuldung des Bundes müssen die Steuerzahler in diesem Jahr 5,7 Milliarden DM aufbringen. Den Hauptteil dieser Last tragen die kleinen Steuerzahler.

Schon im Jahre 1974 wurde den Arbeitern und Angestellten elf Milliarden DM mehr an Lohnsteuern aus der Tasche gezogen. Steuerexperten rechnen in diesem Jahr mit Lohnsteuereinnahmen in Höhe von 79,5 Milliarden DM. Das sind wiederum über zehn Prozent mehr an Lohnsteuern als im Vorjahr. Die Verschuldung wird als Argument benutzt, um noch höhere Steuerabgaben zu fordern. Darin sind sich alle einig: die Regierung, die Parteien, die Unternehmer. Sie basteln schon eifrig an einer neuen Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Anhebung dieser Steuer innerhalb des EWG-Bereiches auf 16 Prozent ist die erklärte Absicht. Bis zu vier Prozent soll z.B. bis 1977 die Mehrwertsteuer steigen. Würden diese Absichten Wirklichkeit, so müßten die schon ohnehin geschöpften kleinen Steuerzahler jährlich weitere 23 Milliarden DM be-rappen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um „nur“ ein Prozent würde den kleinen Steuerzahlern — und das sind die Arbeiter und Angestellten — eine Last von zusätzlichen 5,5 Milliarden DM aufbürden. Große Teile der Bevölkerung sind durch die letzte „Steuerreform“ in unerträglichem Maße belastet worden. Mit einer weiteren Erhöhung der Steuern auf Kosten der kleinen Leute muß einfach Schluß gemacht werden. Die DKP hat immer wieder betont: Eine echte Steuerreform steht noch aus! Die Superreichen und die Konzerne müssen zahlen. Die Lohnsteuer n für kleinere und mittlere Einkommen müssen spürbar gesenkt und die Großverdiener müssen steuerlich stärker herangezogen werden.



sorgt doch, daß ihr,
die Welt verlassend,
nicht nur gut wart,
sondern verlaßt
eine gute Welt.“

Bertolt Brecht

Gemeinsam für eine bessere Welt!

„Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Christen und Kommunisten“ hieß das Thema des Gesprächs, zu dem die evangelische Kirchengemeinde und die DKP-Mörfelden gemeinsam eingeladen hatten. Als Gesprächspartner saßen Pfarrer i.R. Horst Symanowski aus Mainz (unser Bild rechts) und Hans Adamo (DKP), Diplom-Soziologe, Journalist, Mitarbeiter im DKP-Parteivorstand und Mitarbeiter bei den Marxistischen Blättern (im Bild: links) am Podium. Gemeindepfarrer Walter Bohris (Mitte) leitete die Diskussion

Der Vertreter der DKP legte Wert darauf, den Marxismus nicht auf den Atheismus — „als eine andere Art des Glaubens“ — zu reduzieren, weil dies zu einem völlig falschen Ausgangspunkt führe. Nicht das Bekenntnis zum Atheismus sei das Hauptproblem, vielmehr die ganz konkrete Frage der Gegenwart: „Wir müssen darüber diskutieren, wie wir das Leben auf der Erde verbessern. Weltanschauliche Fragen dürfen kein Hinde-

und Möglichkeit der Zusammenarbeit her. Veränderte Bedingungen, nämlich die große Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die damit Christen und Marxisten in vieler Hinsicht gleichermaßen berührenden Fragen, erleichterten die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit.

Pfarrer Symanowski blendete ein paar Jahrzehnte zurück, skizzierte, wie er auf der seelsorgerischen Ebene mit Kommunisten, die in Hitlers und Adenauers Zuchthäusern saßen, in Verbindung kam, griff Erlebnisse heraus, berichtete von Lernprozessen, wie er „jeden Tag einen Salto mortale gegen meine ganze Vergangenheit“ durchmachte und sich seitdem fragt: Wo gibt es gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Arbeit?

Daß es in Mörfelden bereits eine Zusammenarbeit an einer Reihe von Punkten gibt, wurde an Beispielen nachgewiesen, vor allem an zwei beispielhaften Solidaritätsaktionen für Vietnam und Chile.

Wir glauben, die Worte aus Brechts „Heilige Johanna der Schlachthöfe“: „Sorgt doch, daß ihr, die Welt verlassend nicht nur gut wart, sondern verlaßt eine gute Welt“, standen unausgesprochen

über der Veranstaltung. — Die „gute Welt“, die bessere Welt hat einen Namen — wir meinen, es wird eine sozialistische Welt sein. — Und auch der „gute“ Mensch, der bessere Mensch wird dort leben, wo die Wolfsgesetze des Kapitalismus ihre Gültigkeit verloren haben. Bis es aber soweit sein wird, „daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist“, haben wir noch ein großes Stück gemeinsamen Kampfes vor uns. rh

Als die Nazis die Kommunisten
holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten
einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.

MARTIN NIEMÖLLER



Grund sein für die unmittelbare praktische Zusammenarbeit.“ Schon allein von der Tatsache, daß Christen und Marxisten unter ganz konkreten Bedingungen zusammenleben, im Betrieb zusammenarbeiten und aufeinander angewiesen sind, und es ferner eine Reihe objektiv übereinstimmender Interessen gibt — Gerechtigkeit, Humanismus, Frieden — leitete der DKP-Vertreter die Notwendigkeit

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Misere der Gemeinden beenden

Auf Initiative der DKP-Fraktion verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden, gegen die Stimmen der CDU, vor kurzem einen Brief:

an den Deutschen Bundestag, an den Hessischen Landtag, an die Bundestagsabgeordneten Dr. Schmitt-Vockenhausen und Zink und an die Landtagsabgeordneten Dr. Lang und Sturmowski.

In dem Schreiben werden die Politiker aufgefordert, sich für die Verbesserung der Gemeindefinanzen einzusetzen. Bei den eingehenden Politikerantworten (wir gehen noch darauf ein) ist festzustellen, daß man wieder einmal wie die Katze um den heißen Brei geht. Keiner sagt das, was heute nötig ist. Es zeigt sich, die „da oben“ werden ihr Verhalten nur ändern, wenn genügend Druck „von unten“ kommt. Wir appellieren deshalb an den Magistrat, an alle Stadtverordneten und an die Bevölkerung, sich weiter dafür einzusetzen, daß die Stadt in die Lage versetzt wird, für die Bürger zeitgemäße soziale Lebensverhältnisse und ausreichende soziale und kulturelle Einrichtungen zu schaffen.

Diese Aufgaben können erfüllt werden, wenn ausreichende und sichere Finanzen den Städten und Gemeinden durch eine Erhöhung des kommunalen Steueranteils am Gesamtsteueraufkommen von gegenwärtig 12 Prozent auf 20 Prozent gewährt werden. Das ist möglich:

- wenn die Rüstungsausgaben gesenkt;
- die Bodenspekulation, Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Wirtschaftskriminalität unterbunden werden;
- wenn die großkapitalistischen Unternehmen zur Deckung der Kosten kommunaler Aufgaben herangezogen werden;
- wenn die Kommunen für die Erledigung aller Auftragsangelegenheiten voll entschädigt und
- wenn Bundesregierung und Länderregierungen an den richtigen Stellen Einsparungen vornehmen, bei den Subventionen für großkapitalistische Unternehmen, Subventionen, die viele Milliarden DM jährlich betragen.

Auf diese Weise werden Mittel frei für Maßnahmen der Städte und Gemeinden zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Vertreter des Städte- und Gemeindebundes stellten Ende Mai in Bonn fest, daß für 1975 mit einer Netto-Kreditaufnahme der Gemeinden in Höhe von rund 20,5 Milliarden DM zu rechnen sei. Allein die Zinsbelastung weist für das Jahr 1975 eine Steigerung von 16,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Man muß unbedingt darauf hinweisen, daß die Finanznot der Kommunen nicht das Ergebnis eines zu geringen Gesamt-

steueraufkommens ist, sondern daß die Mittel falsch verteilt werden. Während die Städte und Gemeinden am Rande des Bankrotts wirtschaften, fließen in diesem Jahr nach NATO-Kriterien rund 46,6 Milliarden DM in die Rüstung, werden ungeheure Beträge in Form von direkten Subventionen und Steuervergünstigungen an die private Wirtschaft, in erster Linie an die Monopole, verteilt. Es werden Jahr für Jahr Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität einer sinnvollen Verwendung entzogen. Zur gleichen Zeit aber liegen Produktionskapazitäten brach, und es bleiben Millionen Arbeitsplätze unbesetzt. Das führt zu Steuerausfällen, von denen wiederum die Städte und Gemeinden betroffen sind.

Die Finanzkrise der Städte und Gemeinden ist in erster Linie das Resultat der Tatsache, daß das staatliche System der BRD nach den Bedürfnissen der Kapitalverwertung funktioniert und die Kommunen Bestandteil dieses Systems sind. Von den Parteien des Bundestages – CDU/CSU, FDP und SPD – ist ein Ausweg aus der finanziellen Krise der Städte und Gemeinden nicht zu erwarten, weil sie in allen entscheidenden Fragen die Interessen des Großkapitals über die der werktätigen Bevölkerung stellen. Sie scheuen sich, bei der Rüstung und bei den Subventionen für die wirtschaftlich Mächtigen zu kürzen.

Das sind die Tatsachen und deshalb geben die Herren Landtags- und Bundestagsabgeordneten solche unzulänglichen Antworten.

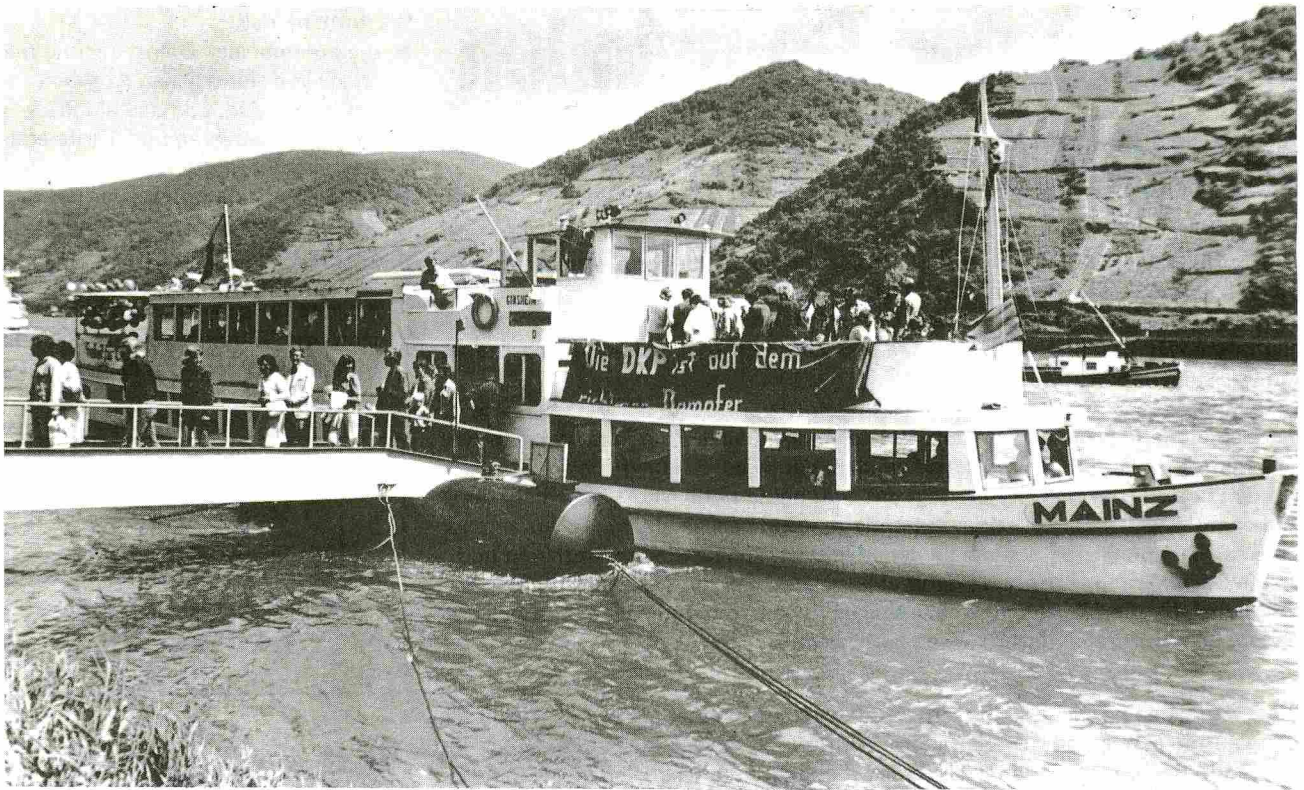
Wir fordern, daß

- die kommunalen Dienstleistungsbetriebe von steuerlichen Abgaben befreit werden, und daß ein Preisstopp für Gebühren und Tarife erlassen wird;
- zur Schuldenentlastung der Gemeinden der Bund 20 Prozent und die Länder 10 Prozent der kommunalen Schulden übernehmen und durch zinslose Bundes- und Landesdarlehen bzw. Zinshilfen den Gemeinden Finanz erleichterung verschafft wird. rh

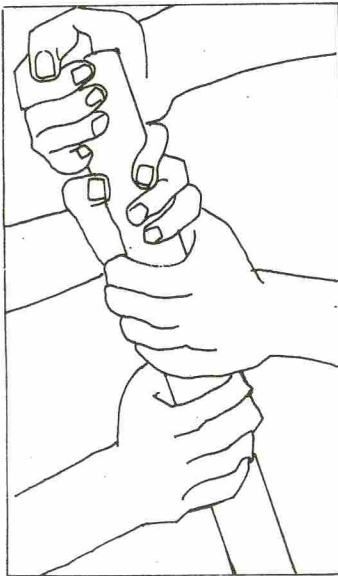


22. Juni '41 22. Juni '75

Am 22. Juni 1941 fielen deutsche faschistische Armeen in die Sowjetunion ein. Was folgte, waren der Tod von 20 Millionen sowjetischer Soldaten, sowjetischer Frauen und Kinder und Greise, die Zerstörung des Landes bis zur Wolga, die Vernichtung unermesslicher Werte und des Reichtums eines anderen Volkes. Und doch kann eine solche Aufzählung nie das ganze Ausmaß des Verbrechens der nazistischen Barbarei erfassen. Der 22. Juni 1941 ist auch für unser Volk ein historisches Datum. Überfall auf die Sowjetunion – das war auch der Tod von Millionen deutscher Soldaten, waren Not und Trauer in deutschen Familien. Das war aber auch der Anfang vom Ende des deutschen Faschismus, vom Ende des Raubkrieges, der von deutschem Boden ausging. Juni 1975 – das ist heute ein Zeitpunkt, an dem es darum geht, in Europa mit der kollektiven Sicherheit und der Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Systeme voranzukommen. Von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten gehen heute die Impulse aus, die auch in unserem Land mit Begriffen wie Vertragspolitik, Entspannung, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Abrüstung und schließlich Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verbunden werden. Viele Regierungen kapitalistischer Staaten unterstützen diese Politik. Und auch die Bundesregierung muß ihren Beitrag leisten, daß in Europa Sicherheit und Zusammenarbeit vorankommen – und zwar noch in diesem Jahr. So ist der 22. Juni 1941 für uns nicht allein ein historisches Datum. Die Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion birgt für uns die Verpflichtung in sich, alles zu tun, damit die friedliche Koexistenz sich durchsetzt und wir zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten kommen.



„Die DKP ist auf dem richtigen Dampfer“, unter diesem Motto fuhr die DKP-Mörfelden nach Bacharach. Nahezu zweihundert Personen hatte die „Mainz“ an Bord. Die Kinder malten und bastelten, die Älteren schunkelten, die Jugend aber war vorwiegend im „Keller“, wo die Mörfelder Skiffle-Group spielte, daß die Bullaugen anliefen. In Bacharach genoß man nicht nur die herrliche Juni-Sonne, sondern auch den „eingefangenen Sonnenschein“ im Bacharacher Riesling. Es war schön.



Vielleicht liegt's an mir:
in der fabrik
im büro
auf der baustelle
im uranbergwerk
beim eisenbahnbau —
nie
sah ich geld
arbeiten

Spaßverderber

Im letzten Herbst kamen sie aus der ganzen Bundesrepublik auf die Düsseldorfer Rheinwiesen: Über 250.000 Menschen besuchten das Fest der Arbeiterpresse. Das Volksfest der UZ, der Zeitung der DKP. Zu „Preisstopper“-preisen konnte dort gegessen und getrunken werden. Kulturelle Attraktionen, vom Blasorchester über Folklore-Gruppen bis zu internationalen Gesangsterns, gaben dem Fest seinen Glanz. Genau dieses Fest soll im Jahr 1975 wieder stattfinden. Diesmal haben bereits zugesagt: Helene Solvitte (Sängerin aus Frankreich), Valentina Tereschkova (die erste Frau im Weltraum), ein ungarisches Zigeunerorchester und natürlich das Beste, was deutsche Lande auf den Tisch bringen können. Die Zeitung der DKP lädt alle Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik dazu herzlich ein. Die Düsseldorfer Stadtverwaltung allerdings möchte sie wieder ausladen: Sie will den Veranstaltern des Pressefestes die Rheinwiesen nicht zur Verfügung stellen. Dieser unhaltbare Entscheid hat bereits vielfältige Proteste herausgefordert.

Lebensmittelversorgung erschwert

Lebensmittelkonzerne und Supermarktketten ruinieren in zunehmendem Maße die kleinen Einzelhändler in der Bundesrepublik. Nach Angaben der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels verlieren mehr als zwei Prozent der noch bestehenden Einzelhandelsgeschäfte ihre Existenz. Über 4.500 kleine Gemeinden sind bereits ohne Lebensmittelgeschäfte. Besonders hart wirkt

sich dieser Zustand für die älteren Leute und jene Familien aus, die nicht über entsprechende Fahrmöglichkeiten verfügen, um sich in entlegenen Einkaufszentren versorgen zu können. Der saarländische Gewerbeverband stellt dazu fest, daß man inzwischen von einem echten Versorgungsnotstand für alte Leute sprechen könne.